

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
am 07. Juli 2021 im Haus des Gastes, Königsfeld

BEGINN: 18.30 Uhr

ENDE: 22.22 Uhr

ANWESEND: Bürgermeister Fritz Link und 14 Gemeinderatsmitglieder (Gemeinderat Jens Hagen bis 22.10 Uhr).

ENTSCHULDIGT: Ortsvorsteher Roland Meder.

**VON DEN ORTS-
VERWALTUNGEN:** Herren Ortsvorsteher Tomas Lemcke und Armin Wursthorn.

**VON DER
VERWALTUNG:** Andrea Hermann, Jürg Scheithauer und Irmgard Kern-Kaiser.

VON DER PRESSE: Herr Hübner, Schwarzwälder Bote
Herr Herzog, Südkurier

ZUHÖRER: 5

GÄSTE: Frau Walter, Frau Reinhardt / Büro Gfrörer zu TOP 4
und 5
Herr Dipl.-Ing. Merkle / Büro Gerlinger + Merkle zu
TOP 4

PROTOKOLLFÜHRERIN: Katja Pflüger.

Bürgermeister Fritz Link begrüßt die Anwesenden und stellt sodann die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19. Mai 2021

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verweist **Bürgermeister Fritz Link** auf einen Hinweis aus der Bürgerschaft zu TOP 7. Hier soll folgender Satz hinzugefügt werden: „Die Car-Sharing-Gruppe empfehle dem Gemeinderat dringend, den Vertrag mit dem Zoe Z.E. 50 abzuschließen“.

Gemeinderätin Birgit Helms verweist auf eine Korrektur zu TOP 9: Hier soll das Wort „Sommerferien“ durch „Pfingstferien“ ersetzt werden.

Sodann genehmigt der Gemeinderat mit diesen Ergänzungen / Änderungen einstimmig die Niederschrift vom 19. Mai 2021.

TOP 2 Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Axel Meier nimmt Stellung zu TOP 4. Seine Auffassungen zum Thema „Aldi“ seien nach wie vor unverändert. Er sei der Ansicht, dass alle Discounter „Billiglandwirtschaft“ befördern würden. **Bürgermeister Fritz Link** unterbricht Herrn Maier und weist ihn darauf hin, dass er sich konkret auf TOP 4 beziehen möge. **Axel Meier** betont, dass durch den Bau des Discounters wertvolles Grünland in Königsfeld zerstört werden wird. Des Weiteren habe er Sorge, ob die Rahmenbedingungen in Richtung eines fairen Deals festgelegt werden.

Frau Dr. Hoss meldet sich zum Thema Haushaltseinsparung und wundert sich darüber, dass die Wiese zum Wald hinter ihrem Haus jede Woche gemäht werde. Sie gibt die Anregung, dass hier Kosten eingespart werden könnten. Weiter meldet sie sich zu TOP 4, Vorlage 34/2021, Beteiligung der Öffentlichkeit. Sie verstehe diesen Punkt nicht und bittet um Erläuterung. Weiter geht sie auf die Anlage 1 ab Seite 17 der Vorlage ein. Hier werde eine neue Planskizze dargestellt. Sie bittet den Gemeinderat, über diese Skizze zu diskutieren. Ihrer Meinung nach dürfe der Gemeinderat dies nicht nur dem Büro Gfrörer überlassen. Im Abwägungsprotokoll habe sie sich bereits über die Besorgnis einer Lärmbelästigung durch die LKW-Anlieferung im Bereich des Aldi-Marktes für die Anwohner geäußert. Es müsse eine Lärmabschirmung gewährleistet sein, da Aldi wohl zweimal wöchentlich beliefert werden solle. Es gehe ihr um die Rückfahrwarner der LKW's. Dies sei eine sehr belastende Lärmeinwirkung für die Anwohner. Aufgefallen sei ihr ebenfalls die Summe der Schallschutzspitzenpegel auf Seite 18, Tabelle 6. Die Anwohner würden den Rückfahrwarner in Höhe von 95 dB hören. Diesen Hinweis habe sie von einem Fachmann der Firma Ried aus München bekommen. Auf Seite 48 der Abwägungstabelle könne ihr Einwand nachgelesen werden. Diese Art der Berechnung sei wohl eher eine Fiktion als Realität. Sie appelliere an den gesunden Menschenverstand des Gemeinderates und bittet, sich mit der Planvariante auf Seite 17 auseinanderzusetzen. Der Gemeinderat könne planungsrechtlich festsetzen, dass z. B. in einer Anlieferzeit zwischen 6 und 7 Uhr morgens die Rückfahrwarner auszuschalten seien.

TOP 3 Freiwillige Feuerwehr, Abteilung Königsfeld-Erdmannsweiler - Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten -

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 33/2021.

Zu Beginn berichtet **Bürgermeister Fritz Link**, dass sowohl der neue Abteilungskommandant Herr Frank Kammerer als auch dessen Stellvertreter, Herr Erik Merz, leider verhindert seien. Sodann begrüßt er den scheidenden Abteilungskommandanten **Herrn Hans Kammerer** und dankt ihm herzlich für insgesamt 35 Jahre aktive ehrenamtliche Führungstätigkeit. Weiter verliest er den Feuerwehr-Lebenslauf von Herrn Kammerer und übergibt ihm ein kleines Präsent unter Beifall des Gremiums.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig folgenden

B e s c h l ü s s e:

1. Der Wahl von Herrn Frank Kammerer zum Abteilungskommandanten der Feuerwehrabteilung Königsfeld-Erdmannsweiler und seiner Bestellung wird zugestimmt.
2. Ebenso wird der Wahl von Herrn Erik Merz zum Stellvertretenden Abteilungskommandanten und seiner Bestellung zugestimmt.

TOP 4 Einzelhandelsentwicklung/Aufstellung eines Bebauungsplanes „Sondergebiet Ortsrand Süd II“ zur Ansiedlung eines Discount-sowie Drogeriemarktes, Flst.-Nrn. 162 (Teilfläche) und 163, Ortsteil Königsfeld - Beratung und Beschlussfassung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung aus der Öffentlichkeit, von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen sowie über den Entwurf des Bebauungsplanes und über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB –

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 34/2021.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **Bürgermeister Fritz Link** Frau Walter und Frau Reinhardt vom Büro Gfrörer sowie Herrn Dipl.-Ing. Merkle vom Büro Gerlinger + Merkle. Sodann verweist er zum Lärmschutz auf die ausführlichen Unterlagen der Anlage 9, welche vom Büro Gerlinger + Merkle erstellt wurden. **Bürgermeister Fritz Link** nimmt sodann Stellung zu den aufgeworfenen Fragen von Herrn Maier. Er verweist auf die Anlage 13 (GMA-Gutachten) und teilt mit, dass es zu keinem Verdrängungswettbewerb für die anderen Einzelhändler in Königsfeld durch die Ansiedlung der beiden Märkte kommen werde. Somit bestehe für keinen Mitwettbewerber eine Existenzgefährdung. Dies werde auch von den Fachbehörden, wie dem Regierungspräsidium Freiburg, der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar Heuberg sowie dem Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg so gesehen, deren Stellungnahmen vorliegen.

Weiter berichtet der **Bürgermeister**, dass keine „Bonsaibäume“ gepflanzt werden. Hier verweist er auf die Anlage 8 des Umweltberichtes. Zum Thema Artenschutz bezieht er sich auf die Anlage 7 und teilt mit, dass hierzu die Gemeinde ein Fachbüro beauftragt habe. Alle einzuhaltenden Vorgaben werden sodann durch die zuständige Genehmigungsbehörde geprüft werden. Zu den aufgeworfenen Fragen von Frau Dr. Hoss teilt er mit, dass dem Gemeinderat in der heutigen Sitzung vorgeschlagen werde, die förmliche Offenlage durchzuführen. Vom 26.3. bis 28.4.21 war der Zeitraum für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit. Heute werden die hierzu eingegangenen Anregungen und Bedenken der Abwägungstabelle beraten und diese werden sodann in den Bebauungsplan miteinbezogen. Dieser Entwurf werde dann wieder für die Öffentlichkeit offengelegt werden. Zu der Frage mit den Spitzenpegelwerten der Lärmbeeinträchtigung wird der Fachgutachter, Herr Dipl.-Ing. Merkle, Stellung nehmen und diese erläutern. Des Weiteren müsse der Vorschlag eines Anlieferungsverbots für den Discounter-Markt in der Zeit von 22 bis 8.00 Uhr geprüft werden. Ebenfalls diskutiert werden könne über die Planvariante auf Seite 19. Es werde erneut vorgeschlagen, die beiden Gebäudekörper nicht zu trennen. **Bürgermeister Fritz Link** übergibt das Wort an Frau Walter/Büro Gfrörer, die anhand einer Präsentation die Abwägungstabelle ausführlich erläutert. Der **Bürgermeister** dankt Frau Walter für die Ausführungen und übergibt das Wort an Herrn Dipl.-Ing. Merkle/Büro Gerlinger + Merkle. Dieser geht auf die aufgeworfenen Fragen zum Schallschutz von Frau Dr. Hoss ein und erklärt die verschiedenen Schutzgüter und deren Lärmpegelwerte. Herr Merkle teilt mit, dass die beurteilten Geräusche in der Zeit von 6 bis 22 Uhr statistisch abgesicherte Werte seien und erläutert sodann die verschiedenen Schallleistungspegel. Es wurden alle Geräusche, die auf dem Grundstück anfallen, bewertet. Dieser Beurteilungspegel werde sodann mit dem Immissionsrichtwert verglichen. Der lauteste Pegel werde dann herangezogen, wie z. B. bei Aldi die Müllcontainer, und es werde geprüft, welche Dezibel-Werte in der Nachbarschaft wahrnehmbar seien. Weiter berichtet **Herr Merkle**, dass eine Einhausung der Schallquellen, wie z. B. die Außenklimageräte bei Aldi, nicht möglich sei, da diese Geräte Luft benötigen und nachts nicht abgeschaltet werden dürfen. Weiter teilt **Herr Merkle** mit, dass die Höhe der Einhausung so dimensioniert würde, dass die Immissionsrichtwerte auch nachts eingehalten werden können. **Bürgermeister Fritz Link** stellt die Frage, ob es möglich sei, die Wände der Lärmschutzwand nach innen zu neigen und ob hierdurch der Schallschutz verbessert werden könne. **Herr Merkle** erläutert, dass dies schlecht für die Anlagen sei, da die Luft nach oben ausströmt und dadurch der Wirkungsgrad der Kühlgeräte abnehmen werde. Schlussendlich sei aber die Höhe der Schallschutzwand entscheidend, so **Herr Merkle**. **Bürgermeister Fritz Link** stellt fest, dass durch die Erhöhung der Lärmschutzwand die Lärmbelastung nach außen reduziert werde. Eine weitere Einschränkung der Anlieferungszeit des Discounters auf 8.00 Uhr sehe er kritisch, da die Logistikrouten berücksichtigt werden müssen. Eine Anlieferung erst nach 8.00 Uhr enge die Dispositionsfreiheit des Händlers zu sehr ein. **Herr Merkle** bestätigt nochmals, dass die Immissionsrichtwerte eingehalten werden können und somit eine Anlieferung um 6.00 Uhr möglich sei. **Bürgermeister Fritz Link** möchte wissen, ob der Richtwert eingehalten werde, wenn alle fünf Lärmquellen miteinander kumulieren. Dies bestätigt **Herr Merkle** ebenfalls.

Gemeinderätin Beate Meier findet die Einschränkung der Anlieferzeit von 22 bis 6.00 Uhr vertretbar, wenn der „Rückfahrton“ der LKW's abgestellt werde. Des Weiteren möchte sie wissen, ob bei einer Anlieferung sonntags eine besondere Schutzzeit zu berücksichtigen sei und ob die Wälle beim Lärmschutz auch helfen würden. **Herr Merkle** sieht es als unwahrscheinlich an, dass die Anlieferungen zwischen 7 und 8 Uhr erfolgen. Sonntags seien die Ruhezeiten ausgedehnter und eine Belieferung erfolge allenfalls abends. **Bürgermeister Fritz Link** wird eine schriftliche Auskunft über die Anlieferzeiten einholen lassen. Zum Thema „Wälle“ teilt **Ortsbaumeister Jürg Scheithauer** mit, dass diese als Ergebnis der Starkregenrisiko-Analyse notwendig seien. **Bürgermeister Fritz Link** erläutert, dass der Wall nordwestlich errichtet werden soll, um Zutritt von Fremdwasser zu verhindern. **Gemeinderätin Beate Meier** möchte wissen, ob dieser Wall von der Landstraße bis hin zum Wohngebiet den Lärm mindern könne. **Herr Merkel** erläutert, dass diese Maßnahme erst untersucht werden müsse, da der Wall in dem Fall verhältnismäßig hoch sein sollte. **Bürgermeister Fritz Link** verweist auf die Seite 19 der Planungsunterlagen und stellt fest, dass sich die Lärmsituation deutlich verbessern werde nach Erstellen der Gebäude. **Gemeinderätin Marielle Lupfer** möchte wissen, ob nach Abschluss der Bebauung überprüft werde, ob die Lärmrichtwerte eingehalten worden sind. **Herr Merkle** bestätigt dies und erläutert, dass die Immissionsprognose 3 Monate nach Fertigstellung der Gebäude bei der Behörde eingereicht und geprüft werde. **Gemeinderätin Franziska Hornscheidt** stellt die Frage, ob die Gemeinde den Bürgern bezüglich der Anlieferzeiten entgegenkommen könne. **Bürgermeister Fritz Link** weist nochmals darauf hin, dass die Verwaltung umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen eingeplant habe und die Lärmschutzregeln eingehalten werden. Des Weiteren werde im Westen eine drei Meter hohe Lärmschutzwand errichtet und die Anordnung der Gebäude sei lärmindernd. Außerdem bestehe in der Zeit von 22 bis 6 Uhr ein Anlieferverbot für LKW's. **Gemeinderat Thomas Fiehn** dankt Herrn Merkle für die sehr anschauliche Verdeutlichung der Gutachten und bittet um mehr Begrünung an der Straße, da die Bäume dort entfallen sollen. **Bürgermeister Fritz Link** teilt mit, dass dies auch der Wunsch der Gemeinde sei und bereits bei einer Ortsbesichtigung festgehalten wurde. Problem sei das Anbauverbot von Bäumen bei einer klassifizierten Straße. Hier müsse ein Mindestabstand von 20 Metern eingehalten werden. Beim Errichten eines Blendschutzwalles betrage die Abstandsregelung 6 Meter. Dies habe zur Folge, dass in diesem Anbauabschnitt keine hochstämmigen Bäume gepflanzt werden dürfen. Somit solle der Wall mit Bodendeckern eingegrünt werden. **Frau Walter** erläutert sodann ihre Präsentation auf Seite 31 und teilt mit, dass das Problem der Straßenentwässerungsgraben auf der Verkehrsfläche sei. Dieser Graben gehöre dem Land Baden-Württemberg und zwischen den Fahrbahnen und dem Graben dürfen keine Bäume gepflanzt werden. **Bürgermeister Fritz Link** wirft ein, dass ein Erzielen der Blendschutzwirkung durch eine Hecke abgelehnt worden sei. Aus diesem Grund müsse eine bauliche Aufschüttung in Form eines Walls erfolgen. Weiter berichtet **Frau Walter**, dass es möglich sei, im Süden zwei und im Norden einen Baum zu pflanzen. Diese Bäume müssen aber hinter dem Wall stehen. Deshalb werde mit Bodendeckern gearbeitet, damit die Sicht freibleibe. Die Begrünung für den Stellplatz sei gegeben. **Gemeinderat Hans Mack** ist der Meinung, dass durch die Schaffung eines Walls der allgemeine Lärmpegel, der von der Landstraße ausgeht, gemindert werden wird. Er möchte wissen, ob die Fahrzeuge, die durch das Wohngebiet

fahren, mehr Lärm verursachen. **Herr Merkle** bestätigt, dass die Autos, die durch das Wohngebiet fahren, einen höheren Lärmpegel verursachen. **Gemeinderätin Birgit Helms** schließt sich ihrer Vorrednerin Gemeinderätin Luffer an und dankt Herrn Merkle für die ausführlichen Erläuterungen. Da dies ein sehr sensibles Wohngebiet sei, war ihr die Einhaltung der Nachtruhe sehr wichtig. **Gemeinderat Bernd Möller** äußert sich ebenfalls positiv über die Werte des Lärmschutzgutachtens. Er stellt die Frage, ob die Bäume, die zwischen den Parkflächen stehen, auseinandergezogen werden können. **Bürgermeister Fritz Link** erklärt, dass die Bäume nicht auf der Straße platziert werden können. Die Pflanzfläche müsse bleiben, da die Parkplätze ansonsten nicht nutzbar seien. **Gemeinderat Jens Hagen** findet es gut, dass durch das Anlieferungsverbot von 22 bis 6 Uhr die Nachtruhe eingehalten werden könne. Er bittet um Klärung, ob der Discounter auch sonntags beliefert werden dürfe. Des Weiteren könne er den Vergleich von Gemeinderat Mack mit dem höheren Lärmpegel der Fahrzeuge, die durch das Wohngebiet fahren, nicht nachvollziehen. **Gemeinderätin Beate Meier** bittet um Prüfung, ob bei der Bepflanzung des Blend- und Lärmschutzwalles punktuell auch ein paar Sträucher gepflanzt werden können. **Frau Walter** erwidert, dass dies von der Zustimmung des Regierungspräsidiums abhängig sei, sichert aber eine Klärung im Vorfeld zu. Sollte die Bepflanzung von Sträuchern zulässig sein, werde es im Verfahren mitaufgenommen. **Frau Reinhardt** erläutert bezüglich des Artenschutzes, dass in Bezug auf die Wiesenfläche eine artenschutzrechtliche Untersuchung erfolgt sei. Eine Ausgleichsfläche im Süden für die Insektenbiomasse könne somit produziert und die Fläche könne aufgewertet werden. Sodann dankt **Bürgermeister Fritz Link** den beiden Planungsbüros sowie Herrn Ortsbaumeister Jürg Scheithauer und seinem Team für die konstruktive Mitarbeit.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen folgende

B e s c h l ü s s e:

1. Die Berücksichtigung der im Rahmen der frühzeitigen öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß Empfehlung der Verwaltung beschlossen.
2. Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung und textlichen Festsetzungen wird in der Fassung vom 22.06.2021 vom Gemeinderat gebilligt.
3. Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan in der Fassung vom 22.06.2021 werden vom Gemeinderat gebilligt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Anhörung der Behörden bzw. der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB wird in Form einer Planaufgabe mit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung durchgeführt.

**TOP 5 Erste Änderung des Bebauungsplanes „Golfplatz“, Ortsteil Buchenberg
- Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplanes
und über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2
BauGB -**

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 35/2021.

Bürgermeister Fritz Link übergibt das Wort an Frau Walter/Büro Gfrörer. Diese erläutert ausführlich anhand einer Präsentation das Planwerk. **Bürgermeister Fritz Link** dankt Frau Walter und stellt fest, dass die Komplexität der planungsrechtlichen Verfahren enorm zugenommen habe. Mithin sei der Abwägungsbedarf sehr gestiegen. **Gemeinderätin Marielle Lupfer** möchte wissen, ob wegen den Golfbällen genügend Schutz für die Spazierwege durch den Golfplatz bestehe. **Bürgermeister Fritz Link** erläutert, dass ein Ballfangzaun an der Straße errichtet werden wird. **Gemeinderätin Marielle Lupfer** wirft ein, dass beim Bodelschwingweg in Richtung Holzwiese keine Netze vorhanden seien. **Bürgermeister Fritz Link** bestätigt, dass nur die festgesetzten Gefahrenbereiche geschützt seien. **Gemeinderätin Birgit Helms** erläutert, dass an eine gegenseitige Rücksichtnahme appelliert werde. **Gemeinderat Thomas Fiehn** merkt an, dass die Gemeinde durchgesetzt habe, dass die Naherholungswege über den Golfplatz führen.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgende

B e s c h l ü s s e:

1. Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung und textlichen Festsetzungen wird in der Fassung vom 09.06.2021 vom Gemeinderat gebilligt.
2. Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan in der Fassung vom 09.06.2021 werden vom Gemeinderat gebilligt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Anhörung der Behörden bzw. der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB wird in Form einer Planaufgabe mit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung durchgeführt.

**TOP 6 Empfehlungen der Strukturkommission „Kurbetriebe“ zur Haushaltskonsolidierung 2022
- Vorberatung -**

Bürgermeister Fritz Link merkt an, dass das Protokoll einstimmig von der Haushaltsstrukturkommission genehmigt wurde und bezieht sich auf die Vorlage. Er teilt mit, dass die Kommunen große Unterstützung vom Land erhalten. Es gelte nun, eine Aufgabenkritik zu betreiben und Einnahmeverbesserungen sowie Einsparungen zu erzielen. Sodann übergibt er das Wort an **Frau Kurgeschäftsführerin Hermann**. Diese erläutert ausführlich anhand der Vorlage sowie der Anlage 1. **Bürgermeister Fritz Link** dankt Frau Hermann für die Ausführungen. Weiter teilt er mit, dass die Einsparungen nicht ausreichend seien, um den Haushalt 2022 auszugleichen. Mithin verweist er auf die Anlage 2 der Vorlage und berichtet, dass die Strukturkommission die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer anstrebe und sich hierbei an den Durchschnittswerten des Schwarzwald-Baar-Kreises orientiere. Dies sei die erste

Grundsteuererhöhung nach 10 Jahren. Die Gewerbesteuer wurde seit 16 Jahren nicht erhöht. Diese Einschnitte schmerzen, aber seien notwendig, um die schwierige Haushaltslage meistern zu können. Sein Dank gilt den beteiligten Gemeinderäten, Kämmerin Irmgard Kern-Kaiser sowie Kurgeschäftsleiterin Andrea Hermann, die in der Haushaltsstrukturkommission mitgewirkt haben. **Gemeinderätin Marielle Lupfer** spricht den Mitgliedern ihren Dank ebenfalls aus und merkt an, dass ihr die Position 75 „Streichung Kinderferienprogramm“ zu denken gebe. Gerade die Eltern sollten in der Ferienzeit entlastet werden, so ihre Meinung. **Bürgermeister Fritz Link** teilt mit, dass im Rahmen der Haushaltsentscheidungen im Herbst abschließend über die Empfehlungen beschlossen werden soll. **Gemeinderat Bernd Möller** merkt an, dass es um den Bereich Tourismus gehe und 95 % der Teilnehmer keine Touristen seien.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Der Gemeinderat nimmt die von der Strukturkommission vorgestellten Empfehlungsbeschlüsse zur Kenntnis und stimmt zu, dass diese dem Haushaltsplanentwurf 2022 zugrunde gelegt werden.

TOP 7 Teilnehmungsberichte 2020 der aquavilla GmbH, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH und der Volksbank eG Schwarzwald-Baar-Hegau - Beratung und Beschlussfassung -

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 37/2021.

Bürgermeister Fritz Link verweist auf die Anlage 1 und erläutert kurz die Vorlage. **Gemeinderat Hans Mack** wundert sich darüber, dass bei aquavilla der Umsatz um 20% gesteigert, aber ein schlechteres Ergebnis erzielt wurde. Er möchte wissen, ob der Materialaufwand so exorbitant gestiegen sei. **Ortsbaumeister Jürg Scheithauer** bestätigt, dass seit einem Jahr extreme Materialkostensteigerungen vor allem im Rohrbereich von externen Firmen zu verzeichnen seien, sichert aber eine Rückfrage bei der Firma aquavilla zu.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Der Gemeinderat nimmt die Teilnehmungsberichte 2020 zustimmend zur Kenntnis.

TOP 8 Sanierung des Flachdaches der Kindertagesstätte „Arche“, Ortsteil Königsfeld - Auftragsvergabe -

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 38/2021.

Bürgermeister Fritz Link übergibt das Wort an **Ortsbaumeister Jürg Scheithauer**. Dieser erläutert kurz die wesentlichen Punkte anhand der Vorlage.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgende

B e s c h l ü s s e:

1. Der Gemeinderat nimmt die von der Verwaltung vorgenommenen Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten an die Fa. Lange im Wege einer Eilentscheidung gemäß § 43 Abs. 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Dachabdichtungsarbeiten werden an die Bieterin mit dem wirtschaftlichsten Angebot, Fa. Lange aus Oberndorf a. N., zur **Brutto-Auftragssumme** in Höhe von **183.246,32 EUR** vergeben.

TOP 9 Baugenehmigungsantrag:

**Errichtung von drei mobilen Hühnerställen, Flözlinger Straße,
Flst.-Nrn. 67, 112-114, 137, 143, 161, 165, 165/1, 178/1, 178/2, 468, 485, Ortsteil
Weiler**

- Beratung und Beschlussfassung –

Bürgermeister Fritz Link übergibt das Wort an **Ortsbaumeister Jürg Scheithauer**. Dieser erläutert das Bauvorhaben anhand einer Präsentation. **Gemeinderat** und **Ortsvorsteher Heinz Kammerer** teilt mit, dass der Ortschaftsrat Weiler dem Vorhaben zugestimmt habe.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Dem Bauantrag wird zugestimmt.

TOP 10 Beschlussfassung im Offenlegungsverfahren/Bauabrechnungen:

- a) Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Zeitraum vom 11. Dezember 2020 bis 25. Juni 2021

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 39/2021.

Bürgermeister Fritz Link dankt an dieser Stelle allen Spenderinnen und Spendern.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

- b) Wiederherstellung des historischen Zinzendorfplatzes im Rahmen des Städtebaulichen Sanierungsverfahrens „Ortskern Königsfeld“
- c) Straßensanierungsprogramm 2019/Teilausbau der Waldstraße im Abschnitt vom EDH bis Albert-Schweitzer-Weg
- d) Neubeschaffung eines Radladers für den kommunalen Bauhof

Beratungsgrundlage ist die Vorlage 40/2021 sowie die Tischvorlage.

Bürgermeister Fritz Link erläutert kurz die einzelnen Punkte anhand der Vorlage und dankt Herrn Ortsbaumeister Jürg Scheithauer und seinem Team sowie der Kämmererei für die Erstellung der Abrechnung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat anerkennt die Abrechnungen.

TOP 11 Bekanntgaben, Verschiedenes

Bürgermeister Fritz Link berichtet von dem Förderprogramm des Naturparks Südschwarzwald und teilt mit, dass die Gemeinde einen Förderbescheid für das Trekking-Camp in Höhe von 9.338 Euro erhalten habe. Die Umsetzung des Vorhabens könne nun erfolgen.

Weiter berichtet **Bürgermeister Fritz Link** über die aktuelle Corona-Situation. Leider verlaufen die Impfungen im Schwarzwald-Baar-Kreis sehr schleppend. Dies zeige eine Auflistung sortiert nach den Postleitzahlen. Es sei nun genügend Impfstoff vorhanden, jedoch fehle die Impfbereitschaft der Einwohnerschaft. Er appelliert an den Gemeinderat, für die Impfungen zu werben. **Gemeinderätin Beate Meier** stellt die Frage, ob die Genesenen zu den Geimpften dazu gezählt werden. Dies verneint der Bürgermeister. **Gemeinderat Matthias Weisser** ist der Ansicht, dass gutes Zureden nicht helfe, sondern die Geimpften messbare Vorteile erhalten müssten. **Gemeinderat Jens Hagen** weist darauf hin, sich weiter testen zu lassen, denn auch die Geimpften können den Virus weiterhin verbreiten. **Bürgermeister Fritz Link** berichtet, dass das kommunale Testzentrum mittlerweile geschlossen wurde. Weiterhin stehen aber drei private Testzentren in Königsfeld und Burgberg zur Verfügung. Sollte wieder eine kommunale Lösung benötigt werden, stehe die Verwaltung mit der Schwarzwald-Apotheke in Kontakt, im Gebäude von BürgerAktiv Tests durchzuführen. **Gemeinderat Hans Mack** ist der Meinung, dass zu viele Testangebote die Impfbereitschaft hemmen können.

Bürgermeister Fritz Link teilt mit, dass ein Zuschuss vom Land in Höhe von 60 Mio. EUR für mobile Lüftungsanlagen in den Schulklassen zur Verfügung stehen würde. Die Schulen werden aufgefordert, für die Klassen 1-6 die Raumsituation zu analysieren. Wo gut gelüftet werden könne, mache es nach der Bewertung des Umweltbundesamtes keinen Sinn, ein Gerät zu installieren.

Weiter berichtet **Bürgermeister Fritz Link** zum Thema Stadtradeln, dass sich 11 Teams angemeldet haben. Die größte Gruppe sei die Zinzendorfschule mit 59 gemeldete Radfahrern/innen.

Bürgermeister Fritz Link verweist auf den ausgelegten Flyer „Burgspektakel im Garten“ und lädt herzlich zu den Kulturveranstaltungen ein.

Des Weiteren berichtet **Bürgermeister Fritz Link**, dass dieses Jahr kein Open-Air-Kino im solara stattfinden werde, da der Veranstalter der Verwaltung abgesagt habe.

Gemeinderat Stefan Giesel spricht den Versand der Sitzungsvorlagen an und möchte nochmals auf die Umstellung auf einen Digitalen Sitzungsdienst hinweisen, da dieser enorme Papierversand für die Umwelt nicht förderlich sei. **Bürgermeister Fritz Link** teilt die Meinung von Herrn Giesel und erläutert, dass sich die Kosten für die Umstellung zu einem Digitalen Sitzungsdienst auf rund 28.000 EUR belaufen würden. Bei den Haushaltsplanberatungen im Herbst könne über das Thema erneut diskutiert und beraten werden. In der Verwaltung bestehen bezüglich der Umstellung erhebliche Widerstände. **Gemeinderätin Birgit Helms** zeigt sich erstaunt darüber, dass der Prozess zum Stillstand kam. **Gemeinderat Hans Mack** gibt zu bedenken, dass alle Unterlagen für die Sitzungen auf der Homepage zu finden seien und jeder selber entscheiden könne, diese auszudrucken oder digital zu lesen.

Gemeinderätin Marielle Lupfer spricht die Baumbestattungen an, die in den Teilorten eingeführt werden sollen. Sie findet das eine gute Lösung und würde sich dies auch für den Kernort wünschen. **Bürgermeister Fritz Link** verweist darauf, dass Königsfeld einen kirchlichen Friedhof besitze und die politische Gemeinde daher insoweit nicht zuständig sei.

BÜRGERMEISTER:

GEMEINDERÄTE:

PROTOKOLLFÜHRERIN: